

"Profil"-Beschimpfung

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Profil»-Beschimpfung

Cet animal est bien méchant,
Quand on l'attaque il se défend.
(Dieses Tier ist sehr böse,
Wenn man es angreift, verteidigt es sich.)

Es ist nicht das erste Mal, dass sich unser Blatt mit der «jungen» oder der «neuen» Linken zu befassen hat. Dies geschah immer nur dort, wo es um die Sache ging.

Die «junge Linke» in Zürich verfügt seit einiger Zeit über ein Organ, das sich «Info» nennt. Die Redaktion setzt sich vornehmlich aus Linksintellektuellen zusammen. Das Blatt wird den Mitgliedern einzelner Kreisparteien zum «Nulltarif» zugestellt. Die Parteikassiere haben dann – nicht überall mit Begeisterung – die Rechnungen zu begleichen.

Während dieses Organ mit neulinker Intoleranz und Arroganz unser Blatt in Bausch und Bogen verdammt, stehe ich nicht an, einzelne im «Info» erscheinende Beiträge als durchaus anregende Meinungsäusserungen zu werten. Dieses Positive wird nun aber aufgewogen durch einen unverantwortlichen Stil der Redaktion, die sich nicht scheut, angebliche «Rechtsabweichler» innerhalb der Sozialdemokratie persönlich zu diffamieren. Ich denke etwa an die Hetze gegen den neugewählten Nationalrat Eggli. Es folgten Angriffe auf Hans Storrer, und schliesslich wurde Stadtrat Kaufmann die Narrenkappe über die Ohren gezogen. Seit der letzten Generalversammlung des Mieterverbandes Zürich fällt mir die Ehre zu, bei «Info» zum Buhmann Nummer 1 aufzurücken: als wäre ich Mitglied eines permanent tagenden antikommunistischen Femegerichtes.

Dieses trostlose Abgleiten in den Bereich persönlicher Diffamierungen hat natürlich seinen Hintergrund: Weil sich die «Info»-Leute dem politischen Hauptgegner nicht gewachsen fühlen, richten sich ihre trübgestauten Aggressionen verräterischerweise gegen Mitglieder der Sozialdemokratie, zu der ja die neulinken Heilsbringer ohnehin ein gestörtes Verhältnis haben. Mit Recht hat kürzlich ein führender und aufrecht stehender Gewerkschafter «Info» als unseriös bezeichnet. Auch Otto Böni, der sicherlich der Linken zuzuzählen ist, schreibt von «dummen Anpöbelungen». Fritz Heeb schrieb kürzlich von «Infos diffamierenden Ergüssen gegen Exponenten der SP».

Es lässt sich somit fragen, ob sich eine Auseinandersetzung mit einem solchen Blatt lohnt. Für einmal möchte ich indessen den Fehdehandschuh aufnehmen, um so schwerwiegenden und wahrheitswidrigen Vorwürfen entgegenzutreten. Bei dieser Gelegenheit wird auch offenbar, mit welchen Methoden die zürcherischen Neulinken den Kampf gegen die denunzierten Vertreter der «Rechten» in der Sozialdemokratie führen.

Es geht hier nicht allein um unser Blatt. Es geht um die Sozialdemokratie in unserm Lande.

«Info» wirft mir zunächst vor, ich benütze «Profil» und das Präsidium des Mieterverbandes zur Stillung meines «Machtbedürfnisses». Auf Grund der jüngsten Vorkommnisse in diesem Verband lasse sich fragen, ob ich als «Profil»-Redaktor tragbar sei. Sowohl als Redaktor wie auch als Präsident des genannten Verbandes gehe es mir darum, den Kampf gegen die «kritische Linke» zu führen.

Es ist somit unumgänglich, dass ich, der Not gehorchend, kurz auf die jüngsten Auseinandersetzungen im Mieterverband Zürich zurückkomme. Sie sind keineswegs nur von lokaler Bedeutung, sondern könnten ohne weiteres unter den Titel gesetzt werden: «Wie man eine Mieterorganisation ruinieren kann».

Der Sozialdemokrat im Mieterverband

Als ich das Präsidium dieses Verbandes übernahm, zählte er etwas über 4000 Mitglieder. Bis heute hat sich der Mitgliederbestand mehr als verdoppelt. Meine erste «Amtshandlung» bestand darin, Dr. Gmür ins Verbandssekretariat zu holen. Die Entwicklung unseres Verbandes gestaltete sich während Jahren harmonisch: bis zu dem Zeitpunkt, da sich eine sogenannte «Arbeitsgruppe» einschaltete. Zunächst soll sie etwa 15 Mitglieder umfasst haben. Schliesslich verblieben noch etwa 6 bis 7 Getreue. Der harte Kern setzte sich aus Mitarbeitern des «Info» zusammen. Von «Arbeit» dieser Gruppe merkte die Mitgliedschaft allerdings wenig, mit einer rühmlichen Ausnahme: Frau D. aus Zollikon. Um so eifriger *diskutierten* die übrigen Mitglieder der Gruppe: etwa darüber, ob Hausbesetzungen ins Aktionsprogramm aufzunehmen seien . . .

Bereits vor der Generalversammlung 1975 beantragte diese Gruppe, es möchten zwei ihrer Vertreterinnen in den Vorstand gewählt werden. Diesem Antrag wurde, wenn auch mit einigem Bedenken, entsprochen. Gleichzeitig verlangte die Gruppe den Rücktritt des Vizepräsidenten (letzterer ist immerhin Präsident der Vereinigten Angestelltenverbände der Schweiz!). Glücklicherweise konnte dieses Vorhaben verhindert werden. Kurz vor der Generalversammlung 1976 forderte die Gruppe kategorisch zwei weitere Vorstandssitze, zu welchem Zwecke eine Statutenänderung nötig gewesen wäre. Es handelte sich um zwei Mitarbeiter von «Info». Der eine hatte unlängst in diesem Blatt für eine linksextreme Regierung – unter dem Stalinisten Cunjal – in Portugal plädiert. Auch hatte er sich im Zusammenhang mit einer unter dem Zeichen POCH und Mieterverband organisierten Ausstellung besonders hervorgetan (eine Veranstaltung, von der sich die SP ausdrücklich distanziert hatte und die dann auch bei zahlreichen Mitgliedern des Verbandes auf heftige Kritik stiess). Der andere Kandidat hatte noch vor einigen Monaten im «Info» die Forderung erhoben, in

der Schweiz müsste der Klassenkampf wieder eingeführt werden. Gleichzeitig rief er zum Streik auf und bezeichnete Gewerkschaftssekretäre als Kapitalistenknechte.

Es ist verständlich, dass solche Vorschläge im Verbandsvorstand auf Opposition stiessen. Die Arbeitsgruppe wollte jedoch nicht mehr mit sich reden lassen. Sie liess mir ausrichten: entweder machst du mit und du bleibst unangefochtener Präsident oder du wirst bekämpft. Meine Antwort: «Ich heisse nicht Fierlinger.» So blieb mir nichts anderes übrig, als an die letzte Instanz zu gelangen, nämlich an die Generalversammlung, die dann auch richtig entschieden hat.

Dieses Vorgehen einer kleinen oppositionellen Gruppe innerhalb eines zur politischen Neutralität verpflichteten Verbandes steht hierzulande einzig da. Ganze sechs Mann versuchten eine Organisation von über 9000 Mitgliedern auf dem kältesten Wege zu einem Instrument neulinker Heilsbringer umzufunktionieren. Elitärer geht es nicht mehr. Diesem Zwecke sollte die Geiselnahme des Präsidenten dienen. Mit einer solchen Situation konnte und wollte ich mich nicht abfinden. Ich war bis zur letzten Generalversammlung stets einstimmig zum Präsidenten gewählt worden. Daraus erwuchs für mich die Verpflichtung, die Statuten einzuhalten und den Willen der Mitgliedschaft zu respektieren; denn diese will in ihrer weit überwiegenden Mehrheit keine Verpolitisierung des Verbandes. Kein Sozialdemokrat, der das nötige Verständnis für die Grundsätze eines politisch neutralen Verbandes besitzt, hätte anders handeln können und dürfen.

Wie informiert nun «Info» unter dem Titel «Die Flurbereinigung des Richard Lienhard»? Ich hätte die Linken im Vorstand desavouiert. In Wahrheit habe ich mit keinem Wort ein Vorstandsmitglied persönlich angegriffen. Ich soll mit Hilfe der Nationalen Aktion dafür gesorgt haben, dass Genossen aus dem Vorstand weggewählt worden seien. Dagegen stelle ich fest: Es war *ein* – seit kurzem der SP angehörendes – Vorstandsmitglied, das nicht mehr wiedergewählt wurde. Ein weiteres der POCH nahestehendes Vorstandsmitglied erklärte darauf den Rücktritt. Ich soll die Nationale Aktion mobilisiert haben. Dazu ist zu bemerken: ganze vier Vertreter der NA waren anwesend. Alle sind Mitglieder des Mieterverbandes. Ihrer Mobilisierung durch mich bedurfte es wahrlich nicht, nachdem insbesondere durch die genannte POCH-Veranstaltung die Kritiker aus allen Reihen der Mitgliedschaft auf den Plan gerufen worden waren. Es ist wohl nicht das erste Mal, dass durch Linksradikalismus politische Gegner der SP provoziert und aktiviert werden. Ich soll nach «Info» «Genossen abgeschossen» haben. Richtig ist: *Ein* Mitglied der SP Zollikon wurde das Opfer von Kampfwahlen, die durch die «Arbeitsgruppe» provoziert wurden. Mit dem Antrag auf Nichtwiederwahl des betreffenden Vorstandsmitgliedes habe ich nichts zu tun. Es wurde von einem Mitglied des Vorstandes gestellt mit dem Bemerkens, E. D. habe

als Vorstandsmitglied versagt. Die von ihr geleistete Arbeit ausserhalb des Vorstandes war unbestritten. An ihrer Stelle wurde, was «Info» wohlweislich verschweigt, wieder ein Sozialdemokrat gewählt. Er hat allerdings für die «neue Linke» den Nachteil, dass er gleichzeitig noch aktiver Gewerkschafter ist.

Die Unterlegenen des Mieterverbandes haben sich als schlechte Verlierer erwiesen. Prompt begann das Wehklagen darüber, dass der eine oder andere als Extremist bezeichnet worden sei. Als ob dies das schlimmste Schimpfwort wäre! Wer möchte da nicht ausrufen: ihr seid mir schöne Revolutionäre!

Abschliessend sei gegenüber der «Info»-Redaktion festgehalten: Der Mieterverband ist mit einer Gewerkschaft zu vergleichen. Radikale Vorstellungen sollen in der SP durchaus ihren Platz haben. In einer Gewerkschaft und insbesondere in einem Mieterverband sind Maximalforderungen ohne Rücksicht auf die politische Möglichkeit ihrer Verwirklichung fehl am Platz. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass eine Radikalisierung der Mieterverbandspolitik dem Mieter mehr schadet als nützt. In der «Mieter-Zeitung» führte ich kürzlich aus:

Und ich sage es im Bewusstsein längst erwogener Verantwortung, als ein Mann, der für die Sache des Mieters brennt und auch bereit ist, dafür verbrannt zu werden: Ein Mieterverband, der in den politischen Radikalismus auswanderte, würde selbst zur Sekte herabsinken und wäre damit zum Immobilismus und zur Einflusslosigkeit verurteilt.

«Dort ist Rhodos, hier springe»

Die Redaktion des «Info» – es handelt sich, nach Stil und Niveau zu schliessen, um *Verena Bürcher* – macht der Redaktion des «Profil» zum Vorwurf, sie wähle ihre Themen willkürlich aus und behandle sie von einem erschreckend einseitigen Standpunkt aus. Eine Theoriediskussion habe nie stattgefunden . . .

Es fällt einem hier schwer, nicht gleich an Rhodos zu denken:

Es kam einmal ein junger Mann aus Rhodos nach Griechenland und erzählte dem staunenden Volk, welch grossartige Sprünge er auf der Insel Rhodos gemacht habe. Da rief ihm ein Gewitzigter zu: «Dort ist Rhodos, hier springe.» Was nichts anderes besagen will als: *Hier* kannst du beweisen, was du in Rhodos an gymnastischen Künsten gezeigt hast.

So ist denn unser Blatt nichts anderes als ein sozialdemokratisches Rhodos: Hier muss springen, wer behauptet, er könne einen bessern Beitrag zur theoretischen Grundsatzdiskussion leisten. Wiederholt wurde Vreni Bürcher eingeladen, sich in unserem Blatt zum Wort zu melden. Das hat sie bis heute nicht getan. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob sie dazu überhaupt in der Lage ist. Ihr Standpunkt dürfte ja zur Genüge bekannt sein. Es ist noch nicht so lange her, dass sie genüsslich zitierte, was ein DDR-Schriftsteller über die Sozialdemokratie schrieb, nämlich,

dass diese nur immer schwatze und schwatze, aber nichts verändern wolle. Als ich unlängst eine Abgrenzung der Sozialdemokratie gegenüber POCH und PdA vorzunehmen versuchte, antwortete Vreni Bürcher gereizt, mein Unterscheidungskriterium sei unsinnig, und stellte sich schützend vor diese beiden linksextremen Parteien. Es braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden, dass von einer solchen Seite kein besonderes Sozialdemokratieverständnis zu erwarten ist. Ebenso leicht lässt sich ausmalen, wie von dieser Seite unsere Zeitschrift redigiert würde.

Geradezu peinlich wirkt es sodann, wie die Akademikerin Verena Bürcher über eine unserer Mitarbeiterinnen, die 24jährige Sekretärin *Liliane Waldner*, herfällt. Diese hatte vor bald einem Jahr auf etwas nonkonformistische Weise zum Thema Landesverteidigung Stellung genommen. Auch hier müsste die Verena springen, statt zu moralisieren, wenn sie behauptet, ihre Thesen zur Landesverteidigung würden besser ins sozialdemokratische Konzept passen. Ist sie Gegnerin der Landesverteidigung? Dann soll sie es sagen, damit man weiss, welches ihre Haltung ist. Der Linkssozialist *Günther Nennung* hat einmal in unserer Zeitschrift die schweizerische Neutralität in Frage gestellt und deshalb die Existenzberechtigung unserer Armee bestritten. Nun hat Liliane Waldner – übrigens in Übereinstimmung mit Mao – den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Sie erhielt darauf von verschiedenen prominenten Sozialdemokraten Zeichen der Zustimmung und der Aufmunterung. Ein jüngerer SP-Nationalrat erklärte mir am Telephon: «Ich bin zwar kein Militarist; aber es hat mich gefreut, dass eine junge Frau den Mut findet, sich in einer Frage zu exponieren, die in unserer Partei allzu gerne als Tabu betrachtet wird.» Was Liliane Waldner etwas unbekümmert und – was journalistisch sogar erwünscht ist – provozierend formuliert hat, ist sicherlich positiver zu werten als das in gewissen Linkskreisen anzutreffende zwiespältige Verhalten: Im Grundsatz ist man – wenigstens nach aussen – Befürworter der Landesverteidigung; im Nachsatz wird aber das Bekenntnis bereits wieder relativiert oder gar aufgehoben.

Unsere Zeitschrift hat von jeher Wert darauf gelegt, gegenüber allen auf dem Boden der Sozialdemokratie vertretbaren Meinungen offen zu sein. (Ich verweise auf den nachfolgenden Beitrag von Renatus Beck.) Es entspricht gerade dem Wesen der Sozialdemokratischen Partei, dass sie sich als offene Partei versteht. Offen sein heisst nicht keine Grundsätze haben, sondern bedeutet, seine Grundsätze in steter Gesprächsbereitschaft zu vertreten. Hier unterscheidet sich unser Blatt wohl am deutlichsten von einem Organ der neuen Linken, welche anstelle der Gesprächsbereitschaft Intoleranz zu setzen pflegt. Dazu kommt noch ein weiteres Kriterium der Unterscheidung: Wir verzichten gerne auf jede Art von moralisierenden Gouvernanten.

Fünf Finger sind keine Faust

Es wäre zu wünschen, dass das jüngst unter obigem Titel veröffentlichte Buch von K. R. Röhl auch hierzulande eine möglichst weite Verbreitung findet. Röhl, der sich früher links von der SPD tummelte und einst Herausgeber der sozialistischen Zeitschrift «Konkret» war, schildert auf erschreckende Weise, welcher Methoden sich anarcho-neomarkistische Linksgruppen der BRD bedienten. Eindringlich erfährt der Leser, wie dort immer wieder versucht wurde, Organisationen von innen her auszuhöhlen und für die Eroberung sturmreif zu machen. Am Beispiel von «Konkret» wird dargestellt, wie eine Linksgruppe den Versuch unternahm, die Redaktion von «Konkret» in die Hand zu bekommen. Dazu war jedes Mittel gut genug: von der Verleumdung bis zur Drohung und zum Terror. Überzeugend wird ausgeführt, wie in diesen Linkskreisen das elitäre Denken, der mangelnde Sinn für Toleranz, das ständige Misstrauen gegenüber jeder Art von Autorität jede Politik konkreter Fortschritte verunmöglichte. Röhl zog die Konsequenzen und bekennt sich heute zum Weltbild von Willy Brandt.

Eine Parallele zu den Praktiken innerhalb der jungen Linken von Zürich drängt sich auf. Auch hier ist die Methode immer die gleiche: Am Anfang steht die Provokation. Setzt sich einer dagegen zur Wehr, heisst es prompt, er fördere die interne Auseinandersetzung und er diene damit dem Gegner. Jeder, der für eine schrittweise Verbesserung der Gesellschaftsordnung eintritt, wird gleich der Komplizenschaft mit dem Bürgertum verdächtigt. Auch das Prozedere an Parteiversammlungen verläuft genau so, wie es von Röhl und von Szczesny geschildert wird: das Ausdenken von Diskussionsmechanismen wird so perfekt betrieben, dass kaum noch Zeit für fruchtbare Parteiarbeit übrig bleibt.

So muss man sich nicht wundern, dass sich immer mehr Arbeiter enttäuscht abwenden, in Resignation verfallen oder sich den Überfremdungsparteien anschliessen.

Resignation aber ist kein Ausweg. Fünf Finger sind noch keine Faust. *Den Kampf aufzunehmen gegen Intoleranz, sektiererische Arroganz und rücksichtslosen Gruppenegoismus scheint mir in der Sozialdemokratie ein Gebot der Stunde zu sein. Mit meinen 57 Jahren fühle ich mich dazu noch nicht zu alt.*